



Niederschrift

Sitzung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Sitzungstermin:	Mittwoch, 18.10.2023
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:31 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Anwesend

Vorsitzende/r
Egbert Liskow

Mitglied

Birgit Socher

Ibrahim Al Najjar

Johannes Barsch

Ulf Burmeister

Camille Marie Damm

bis TOP 11 (öffentlicher Teil)

Robert Gabel

Yvonne Görs

Prof. Dr. Frank Hardtke

Dr. Tjorven Hinzke

Axel Hochschild

Katharina Horn

bis TOP 11 (öffentlicher Teil)

Anja Hübner

Antonia Linea Huhn

Heiko Jaap

bis TOP 12 (öffentlicher Teil)

Lutz Jesse

Dr. Andreas Kerath

Thomas Kerl

bis TOP 12 (öffentlicher Teil)

Jörg König

Nikolaus Kramer

Alexander Krüger

Jörg-Uwe Krüger

Christian Kruse

Jürgen Liedtke

Dr. Thomas Meyer

Prof. Dr. Markus Münzenberg

Christoph Oberst

Gerd-Martin Rappen
Stephan Reuken
Dr. Mignon Schwenke
Daniel Seiffert
Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann
Prof. Dr. Madeleine Tolani
Dr. Jörg Valentin
Marco Wandrey
Marcus Wiederhöft
Dr. Monique Wölk
Katja Wolter
Ingo Ziola

Protokollant/in
Sarah Wiesenberg

Abwesend

Mitglied

Kira Wisnewski	entschuldigt
Rita Duschek	entschuldigt
Gamal Khalil	abwesend
Grit Wuschek	entschuldigt

Verwaltung:

Dr. Stefan Fassbinder
Jeannette von Busse
Achim Lerm

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 2.1 Schiffspatenschaft Seenotrettung BV-P-ö/07/0326
CDU-Fraktion, Fraktion BG/FDP/KfV
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.07.2023
- 4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen
- 5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 6 Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
- 7 jährlicher Bericht des Kinder- und Jugendbeirates
- 8 Beantwortung schriftlich innerhalb der Frist nach § 4 Abs. 2 S.1 der Hauptsatzung gestellter Fragen der Fraktionen
- 9 Beschlusskontrolle
- 10 Beratung der Beschlussvorlagen
- 10.1 Besetzungen
- 10.1.1 Umbesetzung Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen BV-P-ö/07/0323
AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft
- 10.1.2 Umbesetzung Ortsteilvertretung Innenstadt BV-P-ö/07/0324
AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft
- 10.1.3 Umbesetzungen BV-P-ö/07/0328
Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ
- 10.2 Erlass einer neuen Stadtverordnung über das Führen von Hunden in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Greifswalder Hundeverordnung) ab 01.01.2024 durch den Oberbürgermeister BV-V/07/0795-01
- 10.2.1 Änderungsantrag zu: Erlass einer neuen Stadtverordnung über das Führen von Hunden in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Greifswalder Hundeverordnung) ab 01.01.2024 durch den Oberbürgermeister BV-V/07/0795-02
Antrag zur Vorlage BV-V/07/0795
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 10.3 Annahme einer Spende für die Kita „A.S. Makarenko“ BV-V/07/0819
- 10.4 Überplanmäßige Auszahlung für einen Investitionszuschuss BV-V/07/0810-01

10.5	Wahlbereichseinteilung zur Wahl der Gemeindevertretung im Jahr 2024	BV-V/07/0797
10.6	Festlegung der Anzahl der Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses zur Wahl der Gemeindevertretung im Jahr 2024 und für die folgenden fünf Jahre	BV-V/07/0798
10.7	Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Wahlhelfer*innen sowie Einführung einer Aufwandsentschädigung für Hilfskräfte	BV-V/07/0799
10.8	Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen <i>neue Version am 16.10.2023</i>	BV-V/07/0788-01
10.9	Annahme einer Spende des Fördervereins Stadtbibliothek Greifswald e.V. für die Stadtbibliothek im Zusammenhang mit dem Projekt "Foyer der Begegnungen"	BV-V/07/0789-01
10.10	Annahme einer Spende des Fördervereins Stadtbibliothek Greifswald e.V. zur Unterstützung von Projekten mit dem Ziel der Leseförderung von Kindern	BV-V/07/0790-01
10.11	Bildungsgang „10 BR“ an der Regionalen Schule „Ernst-Moritz-Arndt“	BV-V/07/0752
10.12	Teilstrategie zum nachhaltigen Management des Grundstücksvermögens der Universitäts- und Hansestadt Greifswald	BV-V/07/0794-01
10.12.1	Änderungsantrag zu Teilstrategie zum nachhaltigen Management des Grundstücksvermögens der Universitäts- und Hansestadt Greifswald Antrag zur Vorlage BV-V/07/0794-01 <i>Fraktion BG/FDP/KfV</i>	BV-V/07/0794-02
10.12.2	Änderungsantrag zu: Teilstrategie zum nachhaltigen Management des Grundstücksvermögens der Universitäts- und Hansestadt Greifswald Antrag zur Vorlage BV-V/07/0794-01 <i>Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ</i> <i>neue Version am 18.10.2023 - finanzielle Auswirkungen ergänzt</i>	BV-V/07/0794-04
10.13	Außerplanmäßige Ausgabe/Auszahlung für die Spundwanderneuerung in Wieck, 2. BA	BV-V/07/0827
10.14	Überarbeitung Gestaltungssatzung Innenstadt <i>CDU-Fraktion</i>	BV-P-ö/07/0312
10.15	Pachtnachlässe auf städtischen landwirtschaftlich genutzten Pachtflächen für Maßnahmen zur Erhöhung der Biodiversität <i>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ</i>	BV-P-ö/07/0314-03
10.15.1	Stellungnahme der Verwaltung vom 05.09.2023 - Pachtnachlässe auf städtischen landwirtschaftlich genutzten Pachtflächen für Maßnahmen zur Erhöhung der Biodiversität	BV-P-ö/07/0314-02

- | | | |
|---------|---|-------------------|
| 10.16 | Maßnahmen zur Reduzierung von Feuerwerk
<i>Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ</i>

<i>neue Version am 16.10.2023</i> | BV-P-ö/07/0315-02 |
| 10.17 | Konzepterstellung zur Erarbeitung der künftigen
Kommunalen Wärmeplanung für Greifswald
<i>Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ,</i>
<i>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i>

<i>neue Version am 18.10.2023</i> | BV-P-ö/07/0316-05 |
| 10.17.1 | Stellungnahme der Verwaltung vom 12.09.2023 - Aktueller
Stand der Kommunalen Wärmeplanung der Stadt Greifswald | BV-P-ö/07/0316-01 |
| 10.17.2 | Änderungsantrag zu: Konzepterstellung zur Erarbeitung der
künftigen Kommunalen Wärmeplanung für Greifswald
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0316
<i>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i>

<i>neue Version am 18.10.2023 - finanzielle Auswirkungen ergänzt</i> | BV-P-ö/07/0316-04 |
| 10.18 | Tierfreundliches Greifswald I (Schutz vor Vogelschlag)
<i>Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ</i> | BV-P-ö/07/0319-01 |
| 10.19 | Soziales & Tierfreundliches Greifswald (Unterstützung
Schul- und Jugendsozialarbeit & Greifswalder Tafel &
Wildvogelauffangstation des Tierparks)
<i>Robert Gabel, Anja Hübner</i>

<i>neue Version am 18.10.2023</i> | BV-P-ö/07/0318-04 |
| 10.20 | Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Kreuzung
Anklamer Straße und Walther-Rathenau-Straße sowie an
den Unterführungen der Bahnstrecke
<i>Fraktion BG/FDP/KfV</i> | BV-P-ö/07/0321-01 |
| 10.20.1 | Stellungnahme der Verwaltung vom 26.09.2023 zur
Beschlussvorlage "Verbesserung der Verkehrssicherheit an
der Kreuzung Anklamer Straße und Walther-Rathenau-
Straße sowie an den Unterführungen der Bahnstrecke" | BV-P-ö/07/0321-02 |
| 10.20.2 | Änderungsantrag zu: Verbesserung der Verkehrssicherheit
an Unterführungen der Bahnstrecke
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0321
<i>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i> | BV-P-ö/07/0321-03 |
| 10.21 | Unsägliches Leid verhindern - Patenschaft der SEA EYE 4
beenden
<i>AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft</i> | BV-P-ö/07/0322-01 |
| 11 | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der
Bürgerschaft | |
| 12 | Ende der Sitzung | |

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.07.2023
- 4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 5 Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
- 6 Beantwortung schriftlich innerhalb der Frist nach § 4 Abs. 2 S.1 der Hauptsatzung gestellter Fragen der Fraktionen
- 7 Beschlusskontrolle
- 8 Beratung der Beschlussvorlagen
- 8.1 Vergabe eines Grundstücks im B-Plan Nr. 6 "Technologiepark" BV-V/07/0802
- 9 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
- 10 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Präsident der Bürgerschaft

- . eröffnet die öffentliche Sitzung.
 - . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
 - . gibt einige Hinweise zum Livestream und weist auf die anwesende Presse hin.
- Es spricht sich niemand gegen etwaige Film- und Tonaufnahmen der Presse aus.
- . ehrt aufgrund der Niederlegung seines Mandats und damit auch seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ das jahrzehntelange Engagement von Herrn Dr. Kasbohm und wünscht ihm weiterhin alles Gute.
 - . begrüßt das neue Mitglied der Bürgerschaft, Herrn Marcus Wiederhöft und verpflichtet ihn per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten gemäß § 28 Abs. 2 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V).
- Herr Wiederhöft ist für Herrn Dr. Jörn Kasbohm in die Bürgerschaft nachgerückt.
-

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Präsident der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert über:

Neue Versionen

- zu TOP 10.8 „Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen“ (BV-V/07/0788-01)
- zu TOP 10.16 „Maßnahmen zur Reduzierung von Feuerwerk“ (BV-P-ö/07/0315-02)
- zu TOP 10.19 „Soziales & Tierfreundliches Greifswald (Unterstützung Die Tafel & Wildvogelauffangstation des Tierparks)“ (BV-P-ö/07/0318-04)

Nachträgliche Änderungsanträge

- zu TOP 10.2 „Änderungsantrag zu: Erlass einer neuen Stadtverordnung über das Führen von Hunden in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Greifswalder Hundeverordnung) ab 01.01.2024 durch den Oberbürgermeister Antrag zur Vorlage BV-V/07/0795“ (BV-V/07/0795-02)
- zu TOP 10.12 „Änderungsantrag zu: Teilstrategie zum nachhaltigen Management des Grundstücksvermögens der Universitäts- und Hansestadt Greifswald Antrag zur Vorlage BV-V/07/0794“ (BV-V/07/0794-04); hierzu liegt zudem eine neue Version vor

- zu TOP 10.17 „Änderungsantrag zu: Konzepterstellung zur Erarbeitung der künftigen Kommunalen Wärmeplanung für Greifswald Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0316“ (BV-P-ö/07/0316-04); hierzu liegt zudem eine neue Version vor
- zu TOP 10.20 „Änderungsantrag zu: Verbesserung der Verkehrssicherheit an Unterführungen der Bahnstrecke Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0321“ (BV-P-ö/07/0321-03)

Nachträgliche Vorlagen

- „Umbesetzungen“ (BV-P-ö/07/0328)
→ Einordnungsvorschlag: als TOP 10.1.3
- „Schiffspatenschaft Seenotrettung“ (BV-P-ö/07/0326)

Herr Hochschild

. begründet die Dringlichkeit der nachträglichen Beschlussvorlage „Schiffspatenschaft Seenotrettung“ (BV-P-ö/07/0326) der CDU-Fraktion und der Fraktion BG/FDP/KfV.

Herr Kramer

. hält eine Gegenrede.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Aufnahme der Beschlussvorlage „Schiffspatenschaft Seenotrettung“ (BV-P-ö/07/0326) auf die Tagesordnung abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	25	0

Die Beschlussvorlage wird nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	0

2.1 Schiffspatenschaft Seenotrettung

BV-P-ö/07/0326

Abstimmungsergebnis:

nicht auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.07.2023

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es besteht kein Änderungsbedarf.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	2

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

Herr Küther

. kritisiert die finanzielle Situation der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.
Der Doppelhaushalt 2023/24 sei nur unter Vorbehalt genehmigt worden. Kein Bauprojekt werde wie geplant fertiggestellt. Beispielweise sollte der Grundschulenteil des Schulzentrums am Ellernholzteich 2023 fertiggestellt sein. Zu der Sanierung der Straße An der Wiek in Riems sei der Ortsteilvertretung Riems sowie den Anwohnern bereits im Januar 2020 per Schreiben versichert worden, dass die Planungsleistungen in den Haushalt 2021/22 für die angedachte Sanierung eingestellt worden seien.
. behauptet, dass dies, laut eines Presseartikels, nicht der Wahrheit entsprochen habe.
. nennt einige weitere Beispiele mit hohen Kosten, wie die Theatersanierung oder Straßensanierungen.
Zudem seien seit 2015 100 neue Stellen in der Verwaltung geschaffen worden.

Herr Dr. Fassbinder

. widerspricht dem Vorwurf der Lüge von Herrn Küther entschieden und teilt mit, dass die finanziellen Mittel für die Sanierung der Straße An der Wiek, wie angekündigt, in den Haushalt eingeplant worden seien. Im Zuge der Haushaltsdebatte seien sie in den nichtfinanzierbaren Bereich eingeordnet worden.

Frau Stuhr

. berichtet von ihrer schwierigen Suche nach einer Wohnung in Greifswald.
. fragt, ob tatsächlich keine Wohnungen zur Verfügung ständen und wieso freistehende Wohnungen für Migranten teuer saniert werden.

Herr Liskow

. bittet Frau Stuhr ihre Anschrift zu hinterlassen, damit sie eine schriftliche Antwort von der Verwaltung erhalten könne.

Herr Radziwill

. möchte wissen, wie viele Fahrräder in diesem Jahr im Stadtgebiet gestohlen worden seien und wie die diesbezügliche Statistik der Vorjahre 2021 und 2022 aussehe.
. ist der Meinung, dass diese Zahlen stetig steigen.
Aus seiner Sicht werde nichts Ernsthaftes unternommen, um den Misstand zu beenden.
. fragt, was die Bürgerschaft gegen den massiven Fahrraddiebstahl zu unternehmen gedenke.
. regt an, Hotspots, wie beispielsweise den Bahnhof, besser polizeilich überwachen zu lassen und stichprobenartige Kontrollen durchzuführen.

Herr Liskow

. weist darauf hin, dass die Bürgerschaft und die Verwaltung diesbezüglich nicht die richtigen Ansprechpartner seien. Allerdings könnte Herr Radziwill sein Schreiben bei ihm abgeben und er werde dieses an das Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern weitergeben.

. bittet zusätzlich, sich selbst direkt an das Innenministerium zu wenden.

Herr Leonard

. fragt, ob die innere Sicherheit in der Stadt Greifswald noch garantiert werden könne. Aus Berichten der Zeitung sei zu entnehmen gewesen, dass mehrere Ladenbesitzer von Diebstahl berichteten.

Herr Liskow

. verweist auch hier aufgrund der Zuständigkeit an das Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern und bietet an, das Schreiben an das Innenministerium weiterzuleiten.

Frau Pritzke

. geht auf die Seenotrettung durch die Sea Eye 4 ein und berichtet, dass in einer im August 2023 veröffentlichten, internationalen Studie des deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung untersucht worden sei, ob das Vorhandensein von Seenotrettungsschiffen Menschen verstärkt dazu animiere, nach Europa zu fliehen. Das Ergebnis sei, dass die Zahl der Grenzübertritte auf dem Seeweg nicht von staatlich oder privat durchgeführten Such- und Rettungsorganisationen beeinflusst werde. Bis Ende 2022 habe die Sea Eye 4 nach eigenen Angaben mehr als 2.400 Menschen gerettet.

. hält dieses Vorhaben für unterstützungsfähig.

Herr Liskow

. weist darauf hin, dass seitens der Einwohner keine Empfehlungen zum Abstimmungsverhalten der Mitglieder der Bürgerschaft zu einzelnen Vorlagen auf der Tagesordnung abgegeben werden dürfen.

Frau Köster

. berichtet, dass die Heinrich & Heinrich Pflegedienste GmbH seit 2004 auf Anfrage der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald (WVG mbH) die Häuser im Ostseeviertel und Schönwalde II betreibe. Seitdem würden ca. 100 Menschen durch den Pflegedienst versorgt. Das Konzept betreutes Wohnen werde sehr geschätzt. Die Laufzeit der geschlossenen Miet- und Betreiberverträge enden am 31.12.2023. Ende des Jahres 2022 sollte mit dem Pflegedienst gesprochen werden, wie es strategisch weitergehe. Alle Bemühungen eine Vertragsverlängerung zu erwirken, seien im Juni 2023 abgewiesen worden. Daher habe man sich nun an den Aufsichtsrat, den Oberbürgermeister und die Mitglieder der Bürgerschaft gewandt.

Am 10. und 11.10.2023 habe für alle Betroffenen eine Informationsveranstaltung seitens der Heinrich & Heinrich Pflegedienste GmbH stattgefunden. Der Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald sei ebenfalls dazu eingeladen worden. Viele Fragen seien offen geblieben.

. nennt mehrere Beispiele, warum die Häuser in der Obhut der Heinrich & Heinrich Pflegedienste GmbH bleiben sollten.

Herr Alexander Krüger

. beantragt das Rederecht für Herrn Adomeit (Geschäftsführer der WVG mbH) und Herrn Guse (Prokurist und Betriebsleiter der SoPHi Greifswald GmbH).

Herr Liskow lässt über den Antrag auf Rederecht abstimmen:

Ja-Stimmen

Nein-Stimmen

Enthaltungen

39	0	0
----	---	---

Herr Adomeit

. stellt klar, dass die WVG mbH das betreute Wohnen betreibe. Dafür habe sich die WVG mbH für einen Dienstleister, in diesem Fall die Heinrich & Heinrich Pflegedienste GmbH entschieden. Der Vertrag ende am 31.12.2023. Im August 2022 sei nochmals mitgeteilt worden, dass dieser Vertrag ende.

Allerdings enden die Mietverträge des Hauses nicht, sondern werden automatisch weitergeführt. Somit stehe der Auszug der Bewohner nicht zur Debatte.

Es liege ein Vertrag vor, den beide Seiten erfüllt hätten. Sowohl die WVG mbH als auch der Pflegedienst unterlägen dem Vertragsrecht.

Seit August letzten Jahres seien seitens des Pflegedienstes keine Gespräche gesucht worden.

. verwehrt sich anhand des Transparenzberichtes der Qualitätsprüfung des medizinischen Dienstes gegen den Vorwurf, dass die Monopolstellung seitens der WVG mbH ausgenutzt werde.

. weist darauf hin, dass die SoPHi Greifswald GmbH 2022 29 TEUR Gewinn gemacht habe. Der Gemeinschaftsraum werde am 01.01.2024 durch SoPHi übernommen. Für die Mieter werde sich nichts ändern und kein Mieter werde gezwungen, einen Vertrag mit der SoPHi Greifswald GmbH zu schließen.

Herr Guse

. ergänzt, dass es keine negative spürbare Veränderung in der Versorgung geben werde, wenn die Sophi Greifswald GmbH die Häuser übernehme. Die Versorgung werde ebenfalls zu jeder Zeit sichergestellt. Diesen Umstand stellen die Pflege- und Krankenkassen sicher, da sie alle Pflegedienste mit demselben Versorgungs- und Rahmenvertrag ausstatten. Dies wiederum werde jährlich durch den medizinischen Dienst überprüft. In jedem Fall sei die SoPHi in einigen Bereichen kostengünstiger als die Heinrich & Heinrich Pflegedienste GmbH.

Frau Schröder

. geht auf die Schiffspatenschaft für die Seenotrettung ein. 2023 sei eine Studie vom DeZIM-Institut veröffentlicht worden, die empirisch belegen könne, dass bestehende Seenotrettungsmissionen im zentralen Mittelmeer keinen Einfluss darauf hätten, wie viele Menschen den Fluchtversuch wagen. Auch von wirtschaftlicher Bereicherung könne nicht die Rede sein. Die Leistungen für Asylsuchende lägen unter dem Satz des Bürgergeldes. Sie hätten zudem keinen Anspruch auf Kindergeld und einen deutlich schlechteren Zugang zur medizinischen Versorgung.

Jeder Mensch habe ein Recht auf Leben und auf Rettung, wenn er in Seenot gerate. Jedes Leben sei gleich viel wert.

Eine Einwohnerin

. berichtet, dass sie Angehörige von Menschen im betreuten Wohnen sei und teilt mit, dass große Ungewissheit herrsche.

. bittet um eine Entscheidung für die älteren Menschen.

Herr Liskow

. informiert, dass die Bürgerschaft diesbezüglich keinen Beschluss fasse, da es in den Entscheidungsbereich des Aufsichtsrates falle.

Anlage 1

Beantwortung des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung M-V der Anfrage zum Fahrraddiebstahl öffentlich

5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. informiert über

- die nichtöffentlichen Beschlüsse der letzten Sitzung des Hauptausschusses. Die Übersicht wird als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigelegt.
- die Zuweisungszahlen im Landkreis Vorpommern-Greifswald - bezogen auf die Monate Juli bis September.

Es seien 70 bis 90 Geflüchtete pro Monat angekommen. Davon kämen 30 bis 40 Personen aus der Ukraine. Von den 70 bis 90 Menschen seien 15 bis 35 in Greifswald untergebracht. Insgesamt sei die Zahl der Geflüchteten in Greifswald auf 2.400 Personen gestiegen. Davon wohnen 580 in den drei Gemeinschaftsunterkünften und 177 in den Mini-Gemeinschaftsunterkünften. 1.600 Geflüchtete seien bereits in Wohnungen untergebracht. Die Wohnungen in der Friedrich-Loeffler-Straße 44 und 44a werden am 24.10.2023 in Betrieb genommen. Dem zuständigen Landkreis lägen mehrere private Angebote vor, u. a. vom Kultur- und Initiativenhaus Greifswald e. V. und der Katapult MV GmbH.

Das Beteiligungsformat „Greifswald im Dialog“ habe vor einiger Zeit die erste Veranstaltung durchgeführt. Da sich dies als sehr erfolgreich herausstellte, werde die Teilnehmerzahl von 20 auf 60 Personen pro Veranstaltung aufgestockt. Mitte November werde die nächste Veranstaltung durchgeführt. Für 2024 seien mindestens zwei weitere geplant.

Zum Thema Integration gebe es viele erfolgreiche Bemühungen. Die Anzahl der Sprach- und Integrationskurse konnte deutlich ausgeweitet werden. Momentan gebe es 13 Integrationskurse. Sieben weitere stünden unmittelbar vor dem Beginn. Ergänzende Sprachkurse würden vom Welcome Center, der Volkshochschule oder vielen ehrenamtlichen Initiativen angeboten.

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald reiche die Integrationsmittel des Landes an verschiedene Projekte weiter. 2023 habe es fünf Projekte von verschiedenen Partnern gegeben, für die Fördermittel in Höhe von 148 TEUR vom Land zur Verfügung gestellt worden seien. Für das Jahr 2024 lägen bereits die ersten Anträge vor. Momentan werde von einer Förderung durch Landesmittel in Höhe von 200 TEUR ausgegangen.

- die Interkulturelle Woche.
Innerhalb eines Monats hätten viele Veranstaltungen in Greifswald stattgefunden. Weit über 30 Einrichtungen und Unternehmen hätten sich daran beteiligt.

- die Arbeitsmarktsituation in Greifswald
Es sei bereits angekündigt worden, dass versucht werde, über die Arbeitsagentur Beratungsgespräche in den Gemeinschaftsunterkünften anzubieten, da es das Ziel sei, den Menschen möglichst schnell Arbeit zu vermitteln. Die Arbeitsagentur sei unmittelbar vor der Umsetzung der Sprechstunde.

Herr Kerl

. geht auf die vom Oberbürgermeister genannten privaten Anbieter für die Unterbringung von Geflüchteten ein und hinterfragt, wie weit hier die Gespräche seien. Habe es Hintergrundprüfungen gegeben?

. möchte wissen, wie hoch die Belegungsquote der Integrationskurse sei.

Herr Dr. Fassbinder

. antwortet, dass die Unterbringung der Geflüchteten Aufgabe des Landkreises sei und die Universitäts- und Hansestadt Greifswald demnach nicht in die Gespräche eingebunden sei. Die Belegungsquote der Integrationskurse könne im Einzelnen nicht durch die Stadt benannt werden, da auch diese nicht in der städtischen Verantwortung lägen. Nach städtischen Erfahrungen seien die Kurse jedoch sehr voll und es bestünden Wartelisten.

Anlage 1 Beschlussliste der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse des
Hauptausschusses vom 27.09.2023 öffentlich

6 Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

Der Präsident der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.
. informiert über die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse der letzten Sitzung der Bürgerschaft. Die Übersicht wird als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigelegt.

Anlage 1 Beschlussliste der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse der Bürgerschaft
vom 10.07.2023 öffentlich

7 jährlicher Bericht des Kinder- und Jugendbeirates

Frau Werner

. stellt den Tätigkeitsbericht des Kinder- und Jugendbeirates (KiJuBei) in der Zeit von Juni 2022 bis September 2023 kurz vor. In der vergangenen Legislaturperiode hätten insgesamt 18 Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren im KiJuBei mitgewirkt. Im Juni 2023 habe die letzte Wahl stattgefunden. 2.300 Kinder und Jugendliche wählten zwischen 39 Kandidierenden. Beide Zahlen seien im Vergleich zur vorherigen Wahl Rekorde, was zeige, dass der Kinder- und Jugendbeirat stetig an Bekanntheit gewinne. Es seien 13 neue Mitglieder gewählt worden, die sich im September zu ihrer konstituierenden Sitzung trafen. Die letzte Legislaturperiode sei sehr ereignisreich gewesen. Zum ersten Mal habe dank des Jugendfonds der Partnerschaft für Demokratie Greifswald ein erhöhtes Budget von 15 TEUR zur Verfügung gestanden. Damit seien viele unterschiedliche Projekte im Wert von 200 bis 3.000 EUR gefördert und eigene Ideen umgesetzt worden. Eine vollständige Liste der Projekte liege dem Tätigkeitsbericht bei. Diverse Veranstaltungen seien vom KiJuBei selbst organisiert worden, wie beispielsweise eine Kinder und Jugendsprechstunde mit dem Oberbürgermeister und der Kinderbeauftragten. Zusätzlich hätten Kinder und Jugendliche bei anderen Veranstaltungen mitgewirkt – u. a. beim jährlichen KiJuPaRaBe (einem jährlichen Vernetzungstreffen aller Kinder- und Jugendbeiräte in Mecklenburg-Vorpommern) und beim Aktionstag zum Weltkindertag. Im Rahmen des Aktionstages seien den Kindern und Jugendlichen der Jugendfonds und der

KiJuBei näher gebracht worden. Zudem sei der KiJuBei in der letzten Zeit mit den Jugendparlamenten der Städte Anklam und Osnabrück sowie dem Jugendbeirat der polnischen Partnerstadt Golleniów in einen interessanten Austausch getreten.

Anlage 1 Tätigkeitsbericht des Kinder- und Jugendbeirates Juni 2022 bis September 2023 öffentlich

**8 Beantwortung schriftlich innerhalb der Frist nach § 4
Abs. 2 S.1 der Hauptsatzung gestellter Fragen der
Fraktionen**

keine

9 Beschlusskontrolle

keine Anmerkungen

10 Beratung der Beschlussvorlagen

10.1 Besetzungen

**10.1.1 Umbesetzung Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport,
Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen**

BV-P-ö/07/0323

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung haben Herr Al Najjar und Herrn Kerl ihre Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Greifswalder Bürgerschaft beschließt:

Herr Thomas Kerl wird als Mitglied und Frau Julia Zysk als stellvertretendes Mitglied aus dem Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen abberufen.

Frau Eva Nehmzow wird als Mitglied in den Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung, Wohnen entsandt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
19	13	5

10.1.2 Umbesetzung Ortsteilvertretung Innenstadt

BV-P-ö/07/0324

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Kerl seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Greifswalder Bürgerschaft beschließt:

Herr Sven Krauel wird als Mitglied aus der OTV Innenstadt abberufen. Frau Eva Nehmzow wird als Mitglied in die OTV Innenstadt entsandt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	13	5

10.1.3 Umbesetzungen

BV-P-ö/07/0328

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung haben Herr Kerl und Herr Kramer ihre Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

(1) Dr. Jörn Kasbohm wird als ordentliches Mitglied des Hauptausschusses abberufen. Yvonne Görs wird als ordentliches Mitglied in den Hauptausschusses berufen.

(2) Yvonne Görs wird als stellvertretendes Mitglied des Hauptausschusses abberufen und Marcus Wiederhöft als stellvertretendes Mitglied in den Hauptausschuss berufen.

(3) Dr. Jörn Kasbohm wird als ordentliches Mitglied des Ausschusses für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit abberufen. Yvonne Görs wird als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit berufen.

(4) Yvonne Görs wird als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit abberufen und Marcus Wiederhöft als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit berufen.

(5) Dr. Jörn Kasbohm wird als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung abberufen. Hennis Herbst wird als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung berufen.

(6) Dr. Jörn Kasbohm wird als ordentliches Mitglied des Werksausschusses Abwasserwerk abberufen. Anja Hübner wird als ordentliches Mitglied in den Werksausschuss Abwasserwerk berufen.

(7) Anja Hübner wird als stellvertretendes Mitglied des Werksausschusses Abwasserwerk abberufen und Birgit Socher als stellvertretendes Mitglied in den Werksausschuss Abwasserwerk berufen.

(8) Dr. Jörn Kasbohm wird als Mitglied der AG Barrierefreie Stadt abberufen. Dr. Mignon Schwenke wird als Mitglied in die AG Barrierefreie Stadt berufen.

(9) Dr. Jörn Kasbohm wird als ordentliches Mitglied der Zweckverbandsversammlung Sparkasse Vorpommern abberufen. Anja Hübner wird als ordentliches Mitglied in die Zweckverbandsversammlung Sparkasse Vorpommern berufen.

(10) Anja Hübner wird als stellvertretendes Mitglied der Zweckverbandsversammlung Sparkasse Vorpommern abberufen und Marcus Wiederhöft als stellvertretendes Mitglied in die Zweckverbandsversammlung Sparkasse Vorpommern berufen.

(11) Kevin Zejin Wang wird als stellvertretendes Mitglied in die Ortsteilvertretung Schönwalde I/ Südstadt berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	0	2

10.2 Erlass einer neuen Stadtverordnung über das Führen von Hunden in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Greifswalder Hundeverordnung) ab 01.01.2024 durch den Oberbürgermeister

BV-V/07/0795-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau von Busse

. gibt den Hinweis, dass aufgrund der Kürze der Zeit keine Rücksprache mit dem Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern hinsichtlich der Rechtmäßigkeit des Änderungsantrages "*Änderungsantrag zu: Erlass einer neuen Stadtverordnung über das Führen von Hunden in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Greifswalder Hundeverordnung) ab 01.01.2024 durch den Oberbürgermeister Antrag zur Vorlage BV-V/07/0795*" (BV-V/07/0795-02) gehalten werden konnte. Die vorgelegte Fassung der Verwaltung sei durch das Ministerium bereits geprüft und bestätigt worden.

Herr Alexander Krüger

. teilt mit, dass Rollleinen in Deutschland verkauft und genutzt werden und demnach auch zulässig sein müssten. Es obliege dann der Verwaltung, entsprechend der Satzung zu handeln.

Frau Socher

. spricht sich für den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus, da es nicht im Sinne des Innenministeriums sein könne, dass je nach Ort der Hund an einer anderen Leine geführt werden könne bzw. solle.

Der Präsident der Bürgerschaft

. lässt über den Änderungsantrag "*Änderungsantrag zu: Erlass einer neuen Stadtverordnung über das Führen von Hunden in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Greifswalder Hundeverordnung) ab 01.01.2024 durch den Oberbürgermeister Antrag zur Vorlage BV-V/07/0795*" (BV-V/07/0795-02) der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen (siehe Abstimmung unter TOP 10.2.1).

. lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Kramer seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft empfiehlt dem Oberbürgermeister, die anliegende Greifswalder Hundeverordnung zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	7	8

Anlage 1 Entwurf Stadtverordnung über das Führen von Hunden ab 2024 öffentlich

Anlage 2 Gegenüberstellung der Hundeverordnungen 2014 und 2023 öffentlich

Anlage 3 HundeVO UHGW - Stadtkarte öffentlich

Anlage 4 Genehmigung Innenministerium Greifswalder Hundeverordnung,
16.08.2023 öffentlich

**10.2.1 Änderungsantrag zu: Erlass einer neuen
Stadtverordnung über das Führen von Hunden in der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Greifswalder
Hundeverordnung) ab 01.01.2024 durch den
Oberbürgermeister**
Antrag zur Vorlage BV-V/07/0795

BV-V/07/0795-02

behandelt unter TOP 10.2

Bei der Abstimmung haben Herr Kerl und Herr Kramer ihre Stimmen nicht abgegeben.

Beschluss:

In der Stadtverordnung soll im §1 der Absatz (4) lauten:

(4) Die Länge der Leine darf höchstens zwei Meter betragen. **Rollleinen sind weiterhin zulässig.** Die Leine, Halsband und Führungsgeschirr müssen ständig ein sicheres Einwirken auf den Hund ermöglichen und reißfest sein.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	6	9

10.3 Annahme einer Spende für die Kita „A.S. Makarenko“

BV-V/07/0819

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Kramer seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Sachspende in Höhe von 1.106,70 € von Dr. Worm, Gützkower Straße 86 in 17489 Greifswald für die Kita „A. S. Makarenko“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
38	0	0

10.4 Überplanmäßige Auszahlung für einen Investitionszuschuss

BV-V/07/0810-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Kramer seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die überplanmäßige Auszahlung in Höhe 500.000 EUR für einen Investitionskostenzuschuss für die Errichtung einer Multifunktionshalle.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	3	2

10.5 Wahlbereichseinteilung zur Wahl der Gemeindevertretung im Jahr 2024

BV-V/07/0797

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Kramer seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt die Einteilung des Wahlgebietes der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Wahl der Gemeindevertretung im Jahr 2024 in drei Wahlbereiche.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

38	0	0
----	---	---

Anlage 1 Zuordnung der Wahlbezirke zu den Wahlbereichen öffentlich

10.6 Festlegung der Anzahl der Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses zur Wahl der Gemeindevertretung im Jahr 2024 und für die folgenden fünf Jahre

BV-V/07/0798

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung haben Herr Kramer und Herr Ziola ihre Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Gemäß § 10 Abs. 1 Satz 3 des Landes- und Kommunalwahlgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (LKWG M-V) beschließt die Bürgerschaft, dass der Gemeindevwahlausschuss neben dem Gemeindevwahlleiter als Vorsitzenden aus weiteren sechs Mitgliedern nebst Stellvertretung besteht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	0

Anlage 1 Endergebnis_GVW_2019 öffentlich

Anlage 2 Berechnungsbeispiel zur Mitgliederzahl öffentlich

10.7 Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Wahlhelfer*innen sowie Einführung einer Aufwandsentschädigung für Hilfskräfte

BV-V/07/0799

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Kramer seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt:

1. die Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Wahlhelfer*innen in den Wahlvorständen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nach folgender Staffelung:
 - a) Für Urnenwahlbezirke:
 - i. Wahlvorsteher*innen : 80,00 €
 - ii. stellvertretender Wahlvorsteher*innen und Schriftführer*innen : 60,00 €
 - iii. stellvertretende Schriftführer*innen und Beisitzer*innen : 45,00 €
 - b) Für Briefwahlbezirke:
 - i. Wahlvorsteher*innen : 70,00 €
 - ii. stellvertretender Wahlvorsteher*innen und Schriftführer*innen : 50,00 €
 - iii. stellvertretende Schriftführer*innen und Beisitzer*innen : 45,00 €
2. die Einführung einer Aufwandsentschädigung in Höhe von 25,00 € für Hilfskräfte für den ehrenamtlichen Einsatz bei Wahlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
38	0	0

Anlage 1 Berechnungsbeispiel Erhöhung Aufwandsentschädigung öffentlich

10.8 Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

BV-VI/07/0788-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Kramer seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, Investitionskredite bis zu einem Volumen in Höhe von 47.975.700 EUR aufzunehmen. Die Kredite werden zu möglichst günstigen Konditionen auf dem freien Kreditmarkt aufgenommen. Vor der Kreditaufnahme werden Angebote eingeholt. Die Kredite werden beim günstigsten Anbieter aufgenommen.

Über das Ergebnis der Kreditaufnahme ist die Bürgerschaft zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	1

10.9 Annahme einer Spende des Fördervereins Stadtbibliothek Greifswald e.V. für die Stadtbibliothek im Zusammenhang mit dem Projekt "Foyer der Begegnungen"

BV-V/07/0789-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Aufwands- und Sachspende in Höhe von 4.013,01 EUR vom Förderverein Stadtbibliothek Greifswald e. V.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	0

10.10 Annahme einer Spende des Fördervereins Stadtbibliothek Greifswald e.V. zur Unterstützung von Projekten mit dem Ziel der Leseförderung von Kindern

BV-V/07/0790-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Aufwands- und Sachspende des Fördervereins Stadtbibliothek Greifswald e. V. in Höhe von insgesamt 3.585,56 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	0

10.11 Bildungsgang „10 BR“ an der Regionalen Schule „Ernst-Moritz-Arndt“

BV-V/07/0752

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestätigt und beschließt die Einrichtung des Bildungsganges „10 BR“ an der Regionalen Schule „Ernst-Moritz-Arndt“ zum Schuljahr 2023/2024.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	0

10.12 Teilstrategie zum nachhaltigen Management des Grundstücksvermögens der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

BV-V/07/0794-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Meyer bringt den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu Teilstrategie zum nachhaltigen Management des Grundstücksvermögens der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“

Antrag zur Vorlage BV-V/07/0794-01“ (BV-V/07/0794-02) der Fraktion BG/FDP/KfV ein.

Herr Gabel bringt den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Teilstrategie zum nachhaltigen Management des Grundstücksvermögens der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“

Antrag zur Vorlage BV-V/07/0794-01“ (BV-V/07/0794-04) der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ ein.

Frau von Busse

. teilt mit, dass die Verwaltung beide Änderungsanträge übernehme. Allerdings rege die Verwaltung beim Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Teilstrategie zum nachhaltigen Management des Grundstücksvermögens der Universitäts- und Hansestadt Greifswald Antrag zur Vorlage BV-V/07/0794-01“ (BV-V/07/0794-04) der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ an, bei dem dritten Anstrich das Wort „Sozialwohnungsbau“ in „Wohnungsbau“ zu ändern.*

Die Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ erklärt sich mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden.

Frau Prof. Dr. Tolani

. kritisiert den im letzten Jahr gefassten diesbezüglichen Grundsatzbeschluss, da dieser aus ihrer Sicht ein generelles Misstrauen gegenüber Privateigentum ausspreche und die Ansicht vertrete, dass möglichst viel Land in städtische Hand gehöre. Die CDU-Fraktion vertrete diese Ansicht nicht.

Die Verwaltung habe damals in einer kritischen Stellungnahme insbesondere die Interessen der Unternehmerschaft herausgestellt. Auch für andere Bauherren stellen sich mehrere Fragen.

Ihrer Meinung nach sollten die Vor- und Nachteile des Erbbaurechtes vernünftig abgewogen werden. Der Erwerb eines Erbbaurechts erscheine nur auf den ersten Blick als vorteilhaft. Auf den zweiten Blick stelle sich dies als eine teure Lösung heraus. Von einer sozialen Geste gegenüber jungen Familien könne man in diesem Fall daher nicht sprechen. Auch der Stadt werde dies mehr schaden als nützen, berücksichtige man die Entschädigungsverpflichtung des Grundstückseigentümers. Das bedeute, wenn das Erbbaurecht durch Zeitablauf erlosche, dass der Eigentümer des Grundstückes dem Erbbauberechtigten eine Entschädigung zu leisten habe. Das bringe eine Zahlungsverpflichtung für spätere Generationen mit sich.

Hingegen würde bei Veräußerung von Grundstücken ein Kaufpreis erzielt, welcher investiert werden könnte. Mit der Vorlage werden Einnahmen der Stadt verhindert. In der angespannten Haushaltslage solle nun zusätzlich Geld für den Ankauf von Flächen ausgegeben werden.

. ist der Meinung, dass in der Beschlussvorlage die Ausnahmen eindeutig benannt werden müssten, sonst laufe die Anwendung auf Willkür hinaus.

Herr König

. könne die Argumentation von Frau Prof. Dr. Tolani nachvollziehen.

. sei jedoch anderer Meinung.

. wolle nicht, dass irgendwann alle Flächen im privaten Besitz seien und der Stadt lediglich die Straßen gehören. Die Gestaltung, wie beispielsweise die Notwendigkeit eines Regenrückhaltebeckens oder zusätzliche Wohnbebauung, könne weiterhin seitens der Stadt gesteuert werden. Es sei sehr wichtig, dass Zukunftspotentiale vorhanden seien und die Stadt auch in der Zukunft noch gestalten und entscheiden könne, wie die weitere Entwicklung aussehen solle. Der Rückkauf über eine Art Vorzugsrecht der Stadt sei zumindest nach aktueller Gesetzeslage äußerst schwierig.

Frau von Busse

. begründet die vorgeschlagene Änderung des Wortes „Sozialwohnungsbau“ in „Wohnungsbau“ im Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ.

Herr Burmeister

. könne der Argumentation von Herrn König nicht ganz folgen. Seines Wissens nach könnten Erbbaupachtverträge zwischenzeitlich nicht einseitig gekündigt werden, sodass frühestens nach 99 Jahren Handlungsspielraum entstehe. Sollte in der Zeit eine Bebauung der Fläche stattfinden, bestehe auch nach Ablauf der Zeit keine tatsächliche Verfügungsgewalt seitens der Stadt. Zunächst müssten die Personen entschädigt und das Haus abgerissen werden und erst dann könne die vorgesehene Nutzung erfolgen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Die Annahme der Teilstrategie zum nachhaltigen Management des

Grundstücksvermögens und unterstützt im Bereich ihrer Verantwortlichkeit die Umsetzung der im Konzept empfohlenen Leitlinien und Maßnahmen.

2. Das Grundstücksvermögen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird nicht durch Verkäufe verringert. Stattdessen werden Erbbaurechtsverträge, Vermietungen oder Verpachtungen angewendet.

Ausnahmen davon können vom zuständigen politischen Gremium *insbesondere*¹ bei folgenden Grundstücksveräußerungen beschlossen werden:

- bei unverhältnismäßig hohem Sanierungsaufwand,
- Sozialwohnungsbau,
- partizipativen Wohnformen,
- Flächentauschen,
- Arrondierungen,
- kleinteiliger Ergänzungsbebauung und
- Gewerbeansiedlungen in Gewerbegebieten.

Es wird auf den Bürgerschaftsbeschluss vom 04.04.2022 zum nachhaltigen Grundstücksmanagement (BV-P-ö/07/0197-0-01) verwiesen.

3. *Das Grundstücksvermögen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird durch strategischen Zukauf von Flächen erhöht. Dies insbesondere im Rahmen und zum Zwecke von*

- *Gewerbeentwicklung*
- *Erholung/Begegnung*
- *Wohnungsbau und sozialen/kulturellen Einrichtungen*
- *Ökolandbau*
- *Natur-, Arten- und Klimaschutzmaßnahmen*
- *Flächentauschen*²

4. Der Erbbauzins für Wohnbaugrundstücke wird künftig einheitlich auf 4 % des jeweiligen Verkehrswertes festgesetzt. Dies gilt auch für das aktuelle Wohngebiet im B-Plan Nr. 13 „Am Elisenpark“. Für Gewerbegrundstücke wird der Erbbauzinssatz im Einzelfall gutachterlich ermittelt. Wird ein Grundstück zu gemeinnützigen/mildtätigen Zwecken vergeben, kann von dem zuständigen politischen Gremium eine Reduzierung des Erbbauzinses beschlossen werden, sofern die kommunalrechtlichen Vorschriften dies zulassen.

5. Die Erbbaurechtsverträge werden mit einer Laufzeit von bis zu 99 Jahren bei Wohnen abgeschlossen. Die Laufzeit bei Gewerbegrundstücken ist frei verhandelbar, um die Attraktivität des Erbbaurechts zu steigern. Kaufoptionen für die Grundstücke werden grundsätzlich nicht in die Verträge aufgenommen.

6. Die „Richtlinie zur Gewährung eines Zuschusses zum Erwerb oder Bau von Wohnraum zu eigenen Wohnzwecken“ (BV-P-ö/07/0003-05 vom 01.03.2021) wird vorläufig ausgesetzt und bedarf der Überarbeitung.

7. Alle fünf Jahre wird ein Fortschrittsbericht über den Stand der Umsetzung der Teilstrategie zum nachhaltigen Management des Grundstücksvermögens erarbeitet und der Bürgerschaft vorgelegt.

¹ *vom Einbringer übernommener Änderungsantrag der Fraktion BG/FDP/KfV*

² *vom Einbringer übernommener geänderter Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ*

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen

Nein-Stimmen

Enthaltungen

22	13	4
----	----	---

Anlage 1 Teilstrategie zum nachhaltigen Grundstücksmanagement öffentlich

**10.12.1 Änderungsantrag zu Teilstrategie zum nachhaltigen
Management des Grundstücksvermögens der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Antrag zur Vorlage BV-V/07/0794-01**

BV-V/07/0794-02

behandelt unter TOP 10.12

Beschluss:

2. Das Grundstücksvermögen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird nicht durch Verkäufe verringert. Stattdessen werden Erbbaurechtsverträge, Vermietungen oder Verpachtungen angewendet.

Ausnahmen davon können vom zuständigen politischen Gremium **insbesondere** bei folgenden Grundstücksveräußerungen beschlossen werden:

- bei unverhältnismäßig hohem Sanierungsaufwand,
- Sozialwohnungsbau,
- partizipativen Wohnformen,
- Flächentauschen,
- Arrondierungen,
- kleinteiliger Ergänzungsbebauung und
- Gewerbeansiedlungen in Gewerbegebieten.

Es wird auf den Bürgerschaftsbeschluss vom 04.04.2022 zum nachhaltigen Grundstücksmanagement (BV-P-ö/07/0197-0-01) verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

vom Einbringer übernommen

**10.12.2 Änderungsantrag zu: Teilstrategie zum nachhaltigen
Management des Grundstücksvermögens der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Antrag zur Vorlage BV-V/07/0794-01**

BV-V/07/0794-04

behandelt unter TOP 10.12

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, der Beschlussvorlage BV-V/07/0794 den unten aufgeführten Punkt 3 hinzuzufügen und die folgende Nummerierung entsprechend anzupassen.

3. Das Grundstücksvermögen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird durch strategischen Zukauf von Flächen erhöht. Dies insbesondere im Rahmen und zum Zwecke von

- **Gewerbeentwicklung**
- **Erholung/Begegnung**
- **Wohnungsbau und sozialen/kulturellen Einrichtungen**
- **Ökolandbau**
- **Natur-, Arten- und Klimaschutzmaßnahmen**
- **Flächentauschen**

Abstimmungsergebnis:

geändert vom Einbringer geändert übernommen

10.13 Außerplanmäßige Ausgabe/Auszahlung für die Spundwanderneuerung in Wieck, 2. BA

BV-V/07/0827

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Herr Wandrey hat unmittelbar nach der Verkündung des Abstimmungsergebnisses mitgeteilt, dass seinerseits ein Abstimmungsfehler vorlag und bestätigt, dass er anstatt mit „Nein“ mit „Ja“ stimmen wollte. Er bat um Korrektur im Protokoll. Somit wird das Abstimmungsergebnis dahingehend angepasst.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt die Außerplanmäßige Auszahlung/Ausgabe i.H.v. 133.735,18 € (netto) für die Spundwanderneuerung im Unterwasserbereich Wieck

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	0

10.14 Überarbeitung Gestaltungssatzung Innenstadt

BV-P-ö/07/0312

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Seiffert

. dankt der CDU-Fraktion für die Aufnahme der Anregungen des Vereins Greifswalder Innenstadt e.V. (VGI), der Innenstadtmanagerin sowie der Greifswald Marketing GmbH.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister die Gestaltungssatzung Innenstadt dahingehend zu überarbeiten, dass zukünftig Schaufenster zeitweise auch vollständig beklebt werden können, solange das entsprechende Ladenlokal leer steht bzw. umgebaut wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	1	3

10.15 PachtNachlässe auf städtischen landwirtschaftlich genutzten Pachtflächen für Maßnahmen zur Erhöhung der Biodiversität**BV-P-ö/07/0314-03**

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr König bringt Beschlussvorlage ein und bedankt sich für die gute Kooperation der Stadtverwaltung.

Frau von Busse

. informiert, dass sich die Stellungnahme der Verwaltung auf die vorherige Version der Beschlussvorlage bezogen habe und in diese aktuelle Version in weiten Teilen übernommen worden sei.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Im besonderen öffentlichen Interesse wird landwirtschaftlichen Betrieben auf Antrag 5 % PachtNachlass gewährt, wenn diese für das Vorjahr eine Erfüllung des "Reduktionskonzeptes Biodiversitätsgefährdende Stoffe", hier insbesondere des Kriteriums der Checkliste „Integrierter Pflanzenschutz“, nachgewiesen haben. Dies gilt nur für Verträge, die neu abgeschlossen bzw. verlängert werden und Pachten nach dem aktuellen Grundstücksmarktbericht für Neuverpachtung beinhalten. Für Neupachtende kann der PachtNachlass nach Ablauf des ersten Bewirtschaftungsjahres auf Antrag rückwirkend erstattet werden. Zertifiziert biologisch wirtschaftenden Betrieben wird der Preisnachlass bei Verlängerung bzw. Neuabschluss von Verträgen auf Antrag grundsätzlich gewährt. Der Preisnachlass gilt zunächst für die ersten 6 Pachtjahre, in denen die Voraussetzungen stichprobenartig überprüft werden. Nichterfüllung der Bedingungen bewirkt eine Streichung des PachtNachlasses.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	12	0

**10.15.1 Stellungnahme der Verwaltung vom 05.09.2023 -
Pachtnachlässe auf städtischen landwirtschaftlich
genutzten Pachtflächen für Maßnahmen zur Erhöhung
der Biodiversität**

BV-P-ö/07/0314-02

behandelt unter TOP 10.15

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

10.16 Maßnahmen zur Reduzierung von Feuerwerk

BV-P-ö/07/0315-02

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Hübner bringt Beschlussvorlage ein.

Auf Bitte von Herrn Gabel und Frau Hübner wird im Punkt d) des Beschlusstextes „Prüfung **und** Durchführung von...“ in „Prüfung **der** Durchführung von...“ geändert.

Frau Prof. Dr. Tolani

. spricht sich gegen die Einschränkung des Feuerwerkes aus. Das bestimmte Regelungen – Abbrennverbote im Umkreis von Kirchen, Krankenhäusern usw. – einzuhalten seien, sei unbestritten und zu kontrollieren. Hinsichtlich des Sprengstoffes sei der Landkreis Vorpommern-Greifswald und in manchen Fällen das Land zuständig.

Herr Dr. Fassbinder

. weist darauf hin, dass im letzten Jahr im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit bereits eine Karte veröffentlicht worden sei, welche auch in diesem Jahr wieder zur Verfügung gestellt werde. Die Angabe der 200m unter Punkt b) seien gesetzlich nicht haltbar. Sollte der Beschluss in dieser Form eine Mehrheit finden, müsste er dem widersprechen.

Frau Hübner

. geht auf den Redebeitrag von Frau Prof. Dr. Tolani ein und erklärt, dass lediglich darum gebeten werde, Menschen aufzuklären.
Hinsichtlich der vom Oberbürgermeister genannten Karte sei es wünschenswert, dass für schützenswerte Gebäude Umkreise eingezeichnet werden. Andere Städte und Gemeinden hätten diese Regelung bereits umgesetzt.
. beantragt Einzelabstimmung der Punkte a) bis d).

Der Präsident der Bürgerschaft lässt einzeln über die Punkte a) bis d) der Beschlussvorlage abstimmen.

Herr König

. stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Abstimmung der Gesamtvorlage, da seiner Meinung nach nur über die Unterpunkte abgestimmt worden sei und nicht über den davor stehenden Text.

Der Präsident der Bürgerschaft legt fest, über den ersten Satz der Beschlussvorlage abzustimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister,

Maßnahmen zu konzipieren und umzusetzen, die geeignet und wirksam sind, den Gebrauch von Feuerwerk zum Jahreswechsel zu reduzieren. Dazu gehört

- a) eine neue Prüfung und Festlegung der Stellen, an denen das Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände grundsätzlich gesetzlich verboten ist,
- b) die Festlegung des Umkreises dieser Stellen auf 200 Meter Radius,
- c) eine auf Effektivität hin ausgelegte Öffentlichkeitsarbeit und
- d) Prüfung der Durchführung von möglichen Maßnahmen zur Verbotsdurchsetzung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
erster Satz	15	19	5
a)	14	mehrheitlich	einige
b)	6	mehrheitlich	einige
c)	18	mehrheitlich	einige
d)	13	19	1

10.17 Konzepterstellung zur Erarbeitung der künftigen Kommunalen Wärmeplanung für Greifswald

BV-P-ö/07/0316-05

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Seiffert bringt eine neue Version der Beschlussvorlage ein, in der der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Teilen übernommen worden sei.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklären sich zu Miteinbringern dieser neuen Version.

Anmerkung:

Die im Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Konzepterstellung zur Erarbeitung der künftigen Kommunalen Wärmeplanung für Greifswald Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0316*“ (BV-P-ö/07/0316-04) der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgeführten finanziellen Auswirkungen bleiben auch für die neue Beschlussvorlage „*Konzepterstellung zur*

Erarbeitung der künftigen Kommunalen Wärmeplanung für Greifswald“ (BV-P-ö/07/0316-05) der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bestehen.

Frau von Busse

. sagt, dass es schwer zu sagen sei, ob die Umsetzung bis zum Ende des Jahres 2026 machbar sei. Die Wärmeplanung beinhalte eine umfassende Planung für die gesamte Stadt. Auf jeden Fall werde eine Bürgerbeteiligung stattfinden und die dort aufkommenden Belange müssten mit berücksichtigt werden.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die neue Version der Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister mit der Erarbeitung der künftigen Kommunalen Wärmeplanung für Greifswald und begrüßt bereits eingeleitete Schritte.

Abweichend von gesetzlichen Erfordernissen soll die kommunale Wärmeplanung bereits Ende 2026 weitgehend abgeschlossen sein.

Weiterhin sollen folgende Aspekte beachtet werden:

- Umfassende Einbindung der Einwohner, Vereine und Akteure (z.B. Stadtwerke, Wohnungsgesellschaften, Firmenstandorte, Gewerbetreibende, ...) in die Planung
- Festlegung der Zeitschiene der 100% Dekarbonisierung der Fernwärmeproduktion in den Stadtwerken
- Schätzung der prinzipiellen Kostenentwicklung für die wichtigsten Verbrauchergruppen in Greifswald
- Einschätzung des Umfangs zur erforderlichen Gebäudesanierung (künftiger Wärmebedarf, Sanierungsaufwand)
- Einschätzung des Greifswalder Stromnetzes auf mögliche zusätzliche Anforderungen sowie Ausbaubedarf aus Wärmeübergabestationen, Wärmepumpen, PV-Anlagen u.ä.

Spätestens im ersten Quartal 2024 stellt die Verwaltung einen Zeitplan für die Abarbeitung der einzelnen Arbeitsschritte den bürgerschaftlichen Gremien vor und informiert diese und die Öffentlichkeit fortlaufend über die Arbeitsstände.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	19	0

**10.17.1 Stellungnahme der Verwaltung vom 12.09.2023 -
Aktueller Stand der Kommunalen Wärmeplanung der
Stadt Greifswald**

BV-P-ö/07/0316-01

behandelt unter TOP 10.17

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

10.17.2 Änderungsantrag zu: Konzepterstellung zur Erarbeitung der künftigen Kommunalen Wärmeplanung für Greifswald

BV-P-ö/07/0316-04

Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0316

behandelt unter TOP 10.17

Beschluss:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister mit einer Konzepterstellung zur der Erarbeitung der künftigen Kommunalen Wärmeplanung für Greifswald und begrüßt bereits eingeleitete Schritte.

Abweichend von gesetzlichen Erfordernissen soll die kommunale Wärmeplanung bereits Ende 2026 weitgehend abgeschlossen sein.

~~Das Konzept, unter welchen Rahmenbedingungen die Kommunale Wärmeplanung dann nach Verabschiedung der Gesetzesgrundlage zu erarbeiten ist, sollte das Greifswalder Ziel zur Klimaneutralität bis 2035 signifikant unterstützen und definieren, wie dies für die Greifswalder Einwohnerinnen und Einwohner sozial verträglich umgesetzt werden kann.~~

Die Kommunale Wärmeplanung hat den noch zu beschließenden gesetzlichen Vorgaben zu folgen. Jedoch sollen Weiterhin sollten darüber hinaus im Konzept zumindest folgende Aspekte enthalten sein beachtet werden:

- Fertigstellung der Kommunalen Wärmeplanung möglichst vor Ende 2028
- Umfassende Einbindung der Einwohner, Vereine und Akteure (z.B. Stadtwerke, Wohnungsgesellschaften, Firmenstandorte, Gewerbetreibende, ...) in die Planung
- Festlegung der Zeitschiene der 100% Dekarbonisierung der Fernwärmeproduktion in den Stadtwerken
- Schätzung Berechnung der prinzipiellen Kostenentwicklung für die wichtigsten Verbraucherguppen in Greifswald
- Einschätzung des Umfangs zur erforderlichen Gebäudesanierung (künftiger Wärmebedarf, Sanierungsaufwand)
- Einschätzung des Greifswalder Stromnetzes auf mögliche zusätzliche Anforderungen sowie Ausbaubedarf aus Wärmeübergabestationen, Wärmepumpen, PV-Anlagen u.ä.

~~Das Konzept, also die spezifischen städtischen Rahmenbedingungen zur Kommunalen Wärmeplanung, soll im Januar 2024 den bürgerschaftlichen Gremien vorgestellt werden.~~

Abstimmungsergebnis:

vom Einbringer übernommen

10.18 Tierfreundliches Greifswald I (Schutz vor Vogelschlag)

BV-P-ö/07/0319-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Hübner

. teilt mit, dass sowohl bei dieser Beschlussvorlage als auch bei der im nachfolgenden TOP „*Soziales & Tierfreundliches Greifswald (Unterstützung Schul- und Jugendsozialarbeit & Greifswalder Tafel & Wildvogelauffangstation des Tierparks)*“ (BV-P-ö/07/0318-04) noch Änderungsbedarf bestehe und beide den Einbringern zu wichtig seien, als dass sie heute kurzfristig beschlossen werden. Daher werden beide Beschlussvorlagen in den nächsten Sitzungszyklus verschoben und jeweils Änderungen eingepflegt.

Abstimmungsergebnis:

in den nächsten Sitzungszyklus verschoben

10.19 Soziales & Tierfreundliches Greifswald (Unterstützung Schul- und Jugendsozialarbeit & Greifswalder Tafel & Wildvogelauffangstation des Tierparks) **BV-P-ö/07/0318-04**

unter TOP 10.18. behandelt

Abstimmungsergebnis:

in den nächsten Sitzungszyklus verschoben

10.20 Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Kreuzung Anklamer Straße und Walther-Rathenau-Straße sowie an den Unterführungen der Bahnstrecke **BV-P-ö/07/0321-01**

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Burmeister

. informiert, dass Punkt 1 des Beschlussvorschlages bereits umgesetzt sei und dieser sowie die dazugehörige Begründung daher entfallen könne.
. bringt die geänderte Beschlussvorlage ein.

Herr König

. bringt den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Verbesserung der Verkehrssicherheit an Unterführungen der Bahnstrecke*
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0321“ (BV-P-ö/07/0321-03) der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein.

Auf Nachfrage des Präsidenten der Bürgerschaft wird der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom Einbringer übernommen und die Fraktion wird Miteinbringer.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Reuken seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt an allen Unfallschwerpunkten im Bereich von Fahrrad- und Fußgängerunterführungen entlang der Bahnstrecke Maßnahmen zu identifizieren, die die Verkehrssicherheit erhöhen. Die Maßnahmen sollen vor allem darauf abzielen Verkehrsteilnehmer für die Gefahrenlage zu sensibilisieren und insbesondere Radfahrer zu einer angepassten Fahrweise zu motivieren, ohne den Verkehrsfluss unverhältnismäßig zu behindern.

Insbesondere an der Unterführung an der Verlängerten Scharnhorststraße sind vor Fertigstellung des Schulkomplexes am Ellernholzteich auch großräumiger in der Fleischervorstadt verkehrliche Aspekte der Schulwegesicherheit zu überprüfen.

Über erwogenen Maßnahmen ist dem zuständigen Fachausschuss in der ersten und letzten Sitzung des Jahres 2024 zu berichten. Maßnahmen, die keiner weiteren Abwägung bedürfen, können ohne vorherige Beschlusskontrolle umgesetzt werden.¹

¹ vom Einbringer übernommener Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	0	3

10.20.1 Stellungnahme der Verwaltung vom 26.09.2023 zur Beschlussvorlage "Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Kreuzung Anklamer Straße und Walther-Rathenau- Straße sowie an den Unterführungen der Bahnstrecke" BV-P-ö/07/0321-02

behandelt unter TOP 10.20

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

10.20.2 Änderungsantrag zu: Verbesserung der Verkehrssicherheit an Unterführungen der Bahnstrecke BV-P-ö/07/0321-03 Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0321

behandelt unter TOP 10.20

Beschluss:

~~Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:~~

~~–~~

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Verkehrssicherheit an folgenden Stellen zu verbessern:–~~

1. ~~Sichere und eindeutige Organisation der Verkehrsführung für Fußgänger, Rad- und Autofahrer an der Kreuzung Anklamer Straße – Walther-Rathenau-Straße.~~
Der Oberbürgermeister wird beauftragt an allen Unfallschwerpunkten im Bereich von Fahrrad- und Fußgängerunterführungen entlang der Bahnstrecke Maßnahmen zu identifizieren, die die Verkehrssicherheit erhöhen. Die Maßnahmen sollen vor allem darauf abzielen Verkehrsteilnehmer für die Gefahrenlage zu sensibilisieren und insbesondere Radfahrer zu einer angepassten Fahrweise zu motivieren, ohne den Verkehrsfluss unverhältnismäßig zu behindern.
Insbesondere an der Unterführung an der Verlängerten Scharnhorststraße sind vor Fertigstellung des Schulkomplexes am Ellernholzteich auch großräumiger in der Fleischervorstadt verkehrliche Aspekte der Schulwegesicherheit zu überprüfen.

2. ~~Ergreifung von Sicherheitsmaßnahmen für die Unterführungen an der Verlängerten Scharnhorststraße und an der Feldstraße/Am Grünland – Am Gorzberg.~~
Über erwogenen Maßnahmen ist dem zuständigen Fachausschuss in der ersten und letzten Sitzung des Jahres 2024 zu berichten. Maßnahmen, die keiner weiteren Abwägung bedürfen, können ohne vorherige Beschlusskontrolle umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

vom Einbringer übernommen

**10.21 Unsägliches Leid verhindern - Patenschaft der SEA EYE
4 beenden**

BV-P-ö/07/0322-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Kramer bringt Beschlussvorlage ein.

Herr Dr. Fassbinder

. hält die Aussage für eine falsche These, dass Seenotrettung Fluchten befördere. Niemand riskiere sein Leben, nur weil er hoffe, gerettet zu werden. Sie riskieren ihr Leben, weil sie hoffen, für sich und ihre Familie ein besseres Leben zu haben. Wenn die Seenotrettung aufgegeben werden müsse, dann gebe es keinen Flüchtling weniger, sondern viel mehr Tote im Mittelmeer.

Bei der Patenschaft gehe es nicht um Flüchtlingspolitik, sondern um Menschen, die ertrinken.

. bittet um Ablehnung des Antrages.

Herr Kramer

. ist der Meinung, dass mit dieser Haltung die Fluchtbewegung gefördert werde. Es gebe viele Belege dafür, dass die Menschen mit den Seenotrettern kommunizieren.

. beantragt namentliche Abstimmung.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage namentlich abstimmen.

Mitglied der Bürgerschaft	Fraktion	Abstimmung
Egbert Liskow	CDU	ENTHALTUNG
Birgit Socher	DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	NEIN
Alexander Krüger	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	NEIN

Marie Damm	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	NEIN
Dr. Tjorven Hinzke	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	NEIN
Katharina Horn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	NEIN
Jörg König	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	NEIN
Prof. Dr. Markus Münzenberg	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	NEIN
Christoph Oberst	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	NEIN
Robert Gabel	DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	NEIN
Dr. Mignon Schwenke	DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	NEIN
Yvonne Görs	DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	NEIN
Anja Hübner	DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	NEIN
Daniel Seiffert	DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	NEIN
Marcus Wiederhöft	DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	NEIN
Axel Hochschild	CDU	ENTHALTUNG
Gerd-Martin Rappen	CDU	NEIN
Lutz Jesse	CDU	ENTHALTUNG
Jürgen Liedtke	CDU	ENTHALTUNG
Prof. Dr. Madeleine Tolani	CDU	ENTHALTUNG
Ingo Ziola	CDU	ENTHALTUNG
Dr. Thomas Meyer	BG/FDP/KfV	NEIN
Prof. Dr. Frank Hardtke	BG/FDP/KfV	NEIN
Ulf Burmeister	BG/FDP/KfV	Keine Abstimmung
Heiko Jaap	BG/FDP/KfV	ENTHALTUNG
Marco Wandrey	BG/FDP/KfV	NEIN
Katja Wolter	BG/FDP/KfV	ENTHALTUNG
Dr. Andreas Kerath	SPD	NEIN
Dr. Monique Wölk	SPD	NEIN
Ibrahim Al Najjar	SPD	NEIN
Johannes Barsch	SPD	NEIN
Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann	SPD	NEIN
Nikolaus Kramer	AfD in der Greifswalder Bürgerschaft	JA
Jörg-Uwe Krüger	AfD in der Greifswalder Bürgerschaft	JA
Dr. Jörg Valentin	AfD in der Greifswalder Bürgerschaft	JA
Stephan Reuken	AfD in der Greifswalder Bürgerschaft	JA
Antonia Linea Huhn	Einzelmitglied	NEIN
Thomas Kerl	Einzelmitglied	JA
Christian Kruse	Einzelmitglied	JA

Beschluss:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister die Schiffspatenschaft für das Schiff SEA-EYE 4 von Sea-Eye e.V, die per Beschluss vom 07.02.2023 für die Jahre 2023 und 2024 in Höhe von 2.000,00 € jährlich genehmigt wurde, unverzüglich zu beenden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	24	8

11 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Meyer

. geht auf eine Anmerkung von Herrn Burmeister ein, dass in Verkehrsabschnitten mit einer vorgeschriebenen Geschwindigkeit von 30 km/h keine separaten Fahrradwege mehr gekennzeichnet werden dürfen und bezieht dies auf den fertig gestellten Hansering.

. hinterfragt diese Umsetzung.

. kritisiert die Dichte der Bebauung im Bebauungsplangebiet 55 und stellt die Frage in den Raum, ob dies die zukünftige Art des Wohnens sei.

Frau Damm hat die Sitzung während des Tagesordnungspunktes verlassen.

Frau von Busse

. teilt mit, dass die Frage zum Hansering mitgenommen und in der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit beantwortet werde.

Herr Dr. Kerath

. trägt drei Anliegen vor:

- In der Neunmorgenstraße werde seit geraumer Zeit ein Haus renoviert. Zur Verkehrsberuhigung seien zusätzlich auf der Straße Kissen montiert. Dadurch würden viele Autofahrer auf den Gehweg ausweichen.
Herr Dr. Kerath schlägt hier vor, auf dem Gehweg einen entsprechenden Holzpoller zu platzieren.
- In der Hainstraße – von der Wolgaster Landstraße kommend – stehe zunächst ein Schild mit Parken erlaubt und mit einem geringen Abstand dahinter stehe ein Schild mit eingeschränktem Halteverbot.
Herr Dr. Kerath bittet um Aufklärung.
- In der Geschäftsordnung sei eine Frist zur Beantwortung von Kleinen Anfragen festgelegt. Diese Frist werde seit geraumer Zeit nicht mehr eingehalten.
Hinsichtlich der Beantwortung der Kleinen Anfrage „Photovoltaik“ (KA/07/0183) sei zu sagen, dass sie in weiten Teilen der Beantwortung der Kleinen Anfrage von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Jahr 2021 entspreche.
Herr Dr. Kerath
. erwartet die Bezugnahme auf aktuelle Zahlen.
. hinterfragt, was die Verwaltung in der Beantwortung unter Eigenverbrauch verstehe. Insbesondere in den Sommerferien sei zu erwarten, dass die Anlagen am meisten Strom produzieren, jedoch kein Eigenverbrauch stattfinde. Was passiere mit dem

Strom?

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

Frau Horn verlässt die Sitzung.

Frau Socher

. fragt, ob es richtig sei, dass der Landkreis Vorpommern-Greifswald Fördermittel für den Bau der Straße An der Wiek erhalten habe und wann der Landkreis die Straße baue. Wenn dies der Fall sein sollte, bittet sie die Bürgerschaft, im Zusammenhang mit der Veränderungsliste sich dem anzuschließen und die Straße seitens der Stadt weiterauszubauen.

Frau von Busse

. teilt mit, dass sowohl der Landkreis als auch die Universitäts- und Hansestadt Greifswald den Ausbau planen. Das Projekt sei von beiden beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern angemeldet worden. Bis zum heutigen Tage sei bei der Stadt im Gegensatz zum Landkreis keine Rückmeldung eingegangen. Momentan befinde sich die Maßnahme im nicht finanzierbaren Bereich. Das Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern sei momentan sehr streng in der Freigabe der Umsetzung neuer Projekte, da eine eingeschränkte Leistungsfähigkeit vorliege. . geht momentan davon aus, dass das Ministerium die Veranschlagungsreife nicht sehe.

Herr Kerl

. sagt, dass Einrichtungsgegenstände für etwaige Containerdörfer in der Wilhelm-Holtz-Straße 7 gelagert sein sollen.
. fragt, wer dafür zuständig sei, wie teuer die Lagerung sei und was mit Mobiliar passieren werde.
. möchte wissen, ob im Rahmen des Bürgerbegehrens E-Mails von Fraktionen an Unternehmen in Deutschland versandt worden seien, die dazu führen sollten, dass Unternehmen in Greifswald denunziert werden sollten.

Herr Dr. Fassbinder

. sagt, dass für die Ausstattung der Flüchtlingsunterkünfte der Landkreis Vorpommern-Greifswald zuständig sei und insofern nur dieser darüber Auskunft geben könne.
. bittet Herrn Kerl, die Fraktionen selbst danach zu fragen. Die Stadtverwaltung habe diesbezüglich keine E-Mails an Unternehmen versandt.

Anlage 1 Beantwortung der Frage von Herrn Dr. Meyer zum Fahrradstreifen auf dem Hansering öffentlich

Anlage 2 Beantwortung der Frage von Herrn Dr. Kerath zum Berliner Kissen öffentlich

Anlage 3 Beantwortung der Frage von Herrn Dr. Kerath zur Beschilderung in der Hainstraße öffentlich

12 Ende der Sitzung

Der Präsident der Bürgerschaft beendet die öffentliche Sitzung der Bürgerschaft um 20:26 Uhr.

Herr Jaap und Herr Kerl haben die Sitzung verlassen.

Präsident der Bürgerschaft:

Protokollant/in:

Egbert Liskow

Sarah Wiesenberg